

# Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

## AKTUELL

### Lilow bleibt Chef

Sofia (spk) Der Vorsitzende der Bulgarischen Sozialistischen Partei (BSP), Alexander Lilow, leitet auch in Zukunft diese Partei. Trotz seines Rücktritts am Vortag wählte ihn der Parteitag in Sofia zum neuen Vorsitzenden. Dies wurde am Dienstag morgen in der bulgarischen Hauptstadt mitgeteilt. Er gilt als Kompromisskandidat zwischen Konservativen und Reformern.

### 1000 Jahre Kampf

Bagdad (spk) Der Irak ist nach den Worten von Staatschef Saddam Hussein bereit, «1000 Jahre für Kuwait zu kämpfen». Durch die Besetzung Kuwaits der Irak Kuwait zu seiner Nation und zu seinem Volk zurückgeführt, sagte Saddam laut Radio Bagdad gegenüber einer islamischen Besucherdelegation. Kuwait sei in der Geschichte Teil des Iraks gewesen und lediglich durch die koloniale Aufteilung Grossbritanniens selbständig geworden.

### Pro Kuwait

Washington (spk) George Bush hat seine Forderung bekräftigt, dass die vom Irak vertriebene kuwaitische Regierung wieder die Macht übernehmen müsse.

## Hypozinsenerhöhung: Auswirkungen auf Gewerbe und Wohnungsmarkt

Wie sehen es Fachleute – Interview-Serie des VOLKSBLATT zur Entwicklung des Baugewerbes und des Wohnungsmarktes in Liechtenstein

(hoe) – Die explosionsartige Verteuerung von Bauland, die hohen Investitionskosten im Baugewerbe unter dem Aspekt einer überhitzten Baukonjunktur, die steigenden Mietzinsen im Umfeld von knappem Wohnungsangebot und die Verschärfung der Situation durch die Anpassung des Hypothekenzinses lassen die künftige Entwicklung des Baugewerbes und des Wohnungsmarktes nicht gerade in einem Rosabild erscheinen. Hinzu kommt unweigerlich ein weiterer Teuerungsschub für die Mieter in unserem Lande, sollte das Volk das neue Steuer-gesetz (Allgemeine Einkommensteuer) bei der Abstimmung im Oktober 1990 annehmen. Denn es ist damit zu rechnen, dass die Vermieter die Kostensteigerung (Steuerbelastung) auf die Mieter umwälzen. Die Folge: die ohnehin hohen Mieten steigen weiter an.

Vor diesem Hintergrund hat die FBP-Landtagsfraktion verschiedene Vorstösse in den letzten Jahren unternommen. Es sind Kommissionen auf verschiedenen Ebenen gebildet worden, um nach Lösungsmöglichkeiten zu suchen, die aus diesem Dilemma heraus helfen sollen. Es hat sich herausgestellt, dass es Wege gibt, um die Situation zu verbessern, wenn sich die Grossparteien in zentralen Punkten einig wären.

Die vermehrte Abgabe von Bauland im Baurecht durch Gemeinden und Private, die Verbesserung des Baugesetzes mit höherer Ausnützung der Grundstücke, die verstärkte Förderung des verdichteten Bauens, die Ausgestaltung des Wohnbauförderungsgesetzes in Richtung vermehrte Förderung des preisgünstigen Bauens, marktconforme Mieten mit Zuschüssen bei schwachen Einkommen, eine beschränkte Mietzinskontrolle zur Vermeidung von Auswüchsen in den Mieten, der Ausbau des Sparprämien-gesetzes zum Bausparen mit staatlichen Zuschüssen, die Unterstützung der Idee des Sozialfonds für das Gewerbe für die zinsgünstige Gewährung von Darlehen usw., könnten uns alle ein Stück voranbringen.

Im Rahmen einer Befragung von Experten haben wir versucht, einerseits die Fakten aufzuzeigen und andererseits Denkanstösse und Lösungsmöglichkeiten darzulegen, die eine gewisse Entschärfung der Situation bringen könnten. Als Gesprächspartner standen uns Architekt Edwin Ospelt, Gewerbesekretär Beat Marxer und der Immobilienreuhänder Wolfgang Risch von der Confida AG, Vaduz, zur Verfügung.

### Wellenbewegung in der Auftragslage

Edwin Ospelt ist der Meinung, dass jede Verteuerung der Kreditkosten auch

einen Einfluss auf die Investitionen hat. Wenn die nun eingetretene Hypothekenzinsenerhöhung nicht oder nur teilweise dem Mieter weitergegeben werden könne, sinke die Rendite weiter, und mancher Bauherr würde sein Bauvorhaben auf unbestimmte Zeit verschieben. Im Einfamilienhausbau sei der Bauwillige direkt betroffen. Dennoch sieht Edwin Ospelt unser Land – im Gegensatz zur Schweiz – nach wie vor in einem günstigen Investitionsklima wegen den vergleichsweise tieferen Hypozinsen zur Schweiz. Die Auftragslage werde seiner Meinung nach in den nächsten ein bis zwei Jahren zurückgehen. Doch habe es solche Wellenbewegungen immer schon gegeben. Er zeigt gangbare Wege und Ansatzpunkte auf, wie man die Situation auf dem Wohnungsmarkt verbessern könnte.

### Sozialfonds als künftiger Kreditgeber?

Im zweiten Beitrag, den wir in der morgigen Ausgabe publizieren, äussert sich Gewerbesekretär Beat Marxer zum Thema der Auswirkungen von Hypothekenzinsenerhöhungen auf das Baugewerbe und den Wohnungsmarkt. Er beleuchtet diese Frage u. a. auch vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen und politischen Veränderungen in Europa (EG, Binnenmarkt,

EWR), wobei Beat Marxer längerfristig eine Zinsanpassung ans internationale Niveau sieht. Auch geht er auf die Frage ein, wie die Stiftung «Sozialfonds für das Gewerbe» als künftiger Kreditgeber im Lande auftreten könnte.

### Mietzinsanpassungen und Investitionsbremse

Zum Abschluss unserer Interviewserie widmet sich der Vaduzer Immobilienreuhänder Wolfgang Risch insbesondere den Auswirkungen der Hypozinsenerhöhungen auf den einheimischen Wohnungsmarkt. Seiner Meinung nach ziehen Hypozinsenerhöhungen einerseits Mietzinsanpassungen nach sich, andererseits bremsen sie die Investitionsfreudigkeit von Bauwilligen, weil die Finanzierungskosten oft zu hoch sind. An einem Fallbeispiel zeigt er die Mehrbelastung für eine vierköpfige Familie vor dem Hintergrund der Hypothekenzinsanpassung auf.

An diesem durchaus Modellcharakter aufweisenden Beispiel beträgt die Zinsbelastung inklusive Amortisation knapp 47 Prozent des Durchschnittseinkommens.

(Lesen Sie heute im Innern der Ausgabe das Interview mit Architekt Edwin Ospelt aus Schaan.)

## Breite Informationskampagne soll das Abfall-Leitbild begleiten

Vernehmlassungsverfahren für das Abfall-Leitbild abgeschlossen – Informationskonzept als eine der ersten Massnahmen des Leitbildes

(mö) – Die Regierung hat zu Beginn dieses Jahres den Entwurf des Abfall-Leitbildes für das Fürstentum Liechtenstein in die Vernehmlassung gegeben. Das Vernehmlassungsverfahren ist nun abgeschlossen, so dass der bereinigte und aktualisierte Entwurf der Regierung noch im Verlaufe dieses Jahres an den Landtag weitergeleitet wird. Dieser politischen Aktualität soll sich eine breitangelegte Informationskampagne anschliessen, die ein wesentliches Augenmerk auf die quantitative und qualitative Abfallvermeidung richten und zu grösserer Eigenverantwortung aufrufen wird. Wie Theo Kindle, Leiter des Amtes für Gewässerschutz, gestern mittig an einer Presse-Information mitteilte, stellt das Informationskonzept eine der ersten Massnahmen des Abfall-Leitbildes dar.

Das im Frühjahr 1988 in Kraft getretene Abfallgesetz schreibt vor, dass die Regierung in Zusammenarbeit mit den Gemeinden ein «Leitbild zur Abfallentsorgung» zu erlassen habe. Das von Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille am Beginn des Jahres vorgelegte Leitbild enthält Grundsätze zur Abfallverwertung, ermittelt die Art und den Bedarf von Entsorgungsanlagen und bezeichnet mögliche Standorte für Entsorgungsanlagen für Sonderabfälle. Das Leitbild soll eine Entscheidungsgrundlage für Massnahmen darstellen, wie sie das Abfallgesetz vorsieht, und soll gemäss den gesetzlichen Bestimmungen periodisch den Verhältnissen und dem Stand der Abfalltechnik angepasst werden.

### Informationskampagne zum Leitbild

Mit dem Beginn des Vollzugs des nach

**DENNER-Satellit**

Ihr privater Detailist mit echten Discountpreisen

Schaan-Vaduz

aktuell –  
frisch  
und preiswert

Beachten Sie die laufenden Denner-Aktionen in der Tagespresse.



Ing. Theo Kindle, Leiter des Amtes für Gewässerschutz, und Vertreter eines Ingenieurbüros aus Zürich erörtern gestern mit der Presse die geplante Informationskampagne, die das neue Abfall-Leitbild für Liechtenstein begleiten soll.

dem Vernehmlassungsverfahren bereinigten Abfall-Leitbildes soll in Liechtenstein auch eine längerdauernde Informationskampagne gestartet werden, der eine grosse Bedeutung zukommt, wie Ing. Theo Kindle gestern betonte. Ein

Informationskonzept zum Abfall-Leitbild, das in Zusammenarbeit mit dem renommierten Zürcher Ingenieurbüro Basler & Hofmann entworfen wird, dränge sich nicht nur wegen der politischen Aktualität auf. Auch in der

Schweiz wird derzeit vom Bundesamt für Umweltschutz eine mehrjährige Informationskampagne vorbereitet, so dass ein Zusammenwirken bzw. eine Übereinstimmung durchaus sinnvoll erscheint.

Gemäss Entwurf beinhaltet die Kampagne in Liechtenstein vorerst eine Information der breiten Öffentlichkeit über die Tagespresse in drei Formen: In einer Artikelserie sollen Grundsätze und Massnahmen aus dem Abfall-Leitbild sowie die sich daraus ergebenden Veränderungen dargelegt und Situationsanalysen für die einzelnen Abfallbereiche vorgenommen werden. In periodischen Informationsbeiträgen sollen weiters die Erfolge und Probleme, die sich im Zusammenhang mit dem Vollzug des Leitbildes ergeben, erörtert werden. Schliesslich ist auch vorgesehen, den Privathaushalten, dem Gewerbe und der Industrie in einer gesonderten Kolumne wertvolle Tipps und Anregungen zur Vermeidung von Abfall zu geben. Die ganze Kampagne zielt darauf, die Eigenverantwortung im Umgang mit dem Abfall verstärkt ins Bewusstsein zu rufen, denn der Staat könne, so die mit der Kampagne beauftragten drei Vertreter des Ingenieurbüros übereinstimmend, nicht alle Aufgaben übernehmen, die als Folgen einer zunehmenden Umweltbelastung in der jüngsten Vergangenheit erwachsen sind.

## Ferienland Schweiz zunehmend attraktiv

Bern (AP) Das Ferienland Schweiz ist bei ausländischen Touristen trotz des starken Frankens sehr beliebt. Wie das Bundesamt für Statistik (BFS) am Dienstag mitteilte, stieg die Zahl der Hotelaufenthalte im Monat August gegenüber dem Vorjahr um drei Prozent auf 4,60 Millionen. Von Januar bis August wurde eine Zunahme um anderthalb Prozent auf 25,78 Millionen Übernachtungen registriert.

Der Zuspruch der ausländischen Hotelgäste zog im Sommerferienmonat August stärker an als jener der Einheimischen: Die Logiernächte von Ausländern stiegen um fünf Prozent auf 2,98 Millionen, während jene von Schweizern nur um ein Prozent auf 1,62 Millionen zunahm. Besonders gefragt waren Ferien in der Schweiz bei den Amerikanern. Die Zahl der amerikanischen Gäste lag um 29 Prozent über dem August letzten Jahres.

Aus Italien kamen 15 Prozent mehr Touristen und aus Grossbritannien elf Prozent mehr. Die Zahl der Übernachtungen von Deutschen und Franzosen blieb demgegenüber knapp unter dem Vorjahresniveau.

Das Total der ersten acht Monate entspricht laut BFS dem drittbesten Ergebnis nach 1972 und 1981.

## Raumplanung

Bern (AP) Die in der Schweiz heute bereits ausgeschiedenen Bauzonen reichen für die nächsten 20 Jahre aus. Zu diesem Schluss gelangten Forscher des Nationalen Forschungsprogramms «Boden», wie der Schweizerische Nationalfonds am Dienstag in Bern mitteilte. Allerdings müssten dazu die bereits bebauten Siedlungsflächen besser ausgenutzt werden. Der Bund solle zu diesem Zweck das Raumplanungsgesetz revidieren und eine Höchstgrenze der Bauzonen erlassen, forderten die Forscher.

Das bestehende Raumplanungsgesetz vermöge die weitere Ausdehnung der heute schon überdimensionierten Bauzonen nicht einzudämmen. Dabei sei die gesamtschweizerisch etwa 240 000 Hektaren umfassende Bauzone erst etwa zur Hälfte bebaut.

## Sinowatz verurteilt

Wien (AP) Zwölf Tage vor den österreichischen Nationalratswahlen am 7. Oktober ist der frühere Vorsitzende der Sozialistischen Partei (SPÖ) und Bundeskanzler, Fred Sinowatz, in Wien wegen falscher Aussage in einem Gerichtsverfahren zu einer Geldstrafe in Höhe von 360 000 Schilling verurteilt worden. Sinowatz legte in allen Punkten Berufung ein.

Der frühere Spitzenpolitiker wies neuerlich jede Schuld von sich. Der Staatsanwalt sagte, dass er entsprechend den Regeln zur Anklage verpflichtet sei, wenn die Schuld des Angeklagten in einem dergleichen Verfahren «wahrscheinlich» sei.

Sinowatz wurde vorgeworfen, im Prozess gegen einen Journalisten im April 1987 als Zeuge falsch ausgesagt zu haben.

Am 25. April 1988 wurde der Journalist freigesprochen.

## Strahlenschutz

Bern (AP) Zwei Tage nach der Abstimmung über die Atominitiativen hat der Nationalrat nach Wegen gesucht, wie die Behörden auf eine nukleare Katastrophe reagieren sollen. Geregelt wird diese Frage im neuen Strahlenschutzgesetz (SSG), mit dem sich die Grosse Kammer am Dienstag als Zweitrat befasste. Die wichtigsten Entscheide wurden auf heute Mittwoch vertagt.

Mit dem Rahmengesetz sollen Mensch und Umwelt vor Gefährdungen durch radioaktive Strahlen künftig besser geschützt werden. Bundesrat Flavio Cotti betonte, dass diese Materie damit erstmals auf Gesetzesstufe umfassend geregelt werde. Der Ständerat hatte den Entwurf, in den auch die Erfahrungen der Reaktor Katastrophe von Tschernobyl eingeflossen sind, vor zwei Jahren oppositionslos gutgeheissen.

## Goldpreis steigt

New York/Tokio (AP) Ein steigender Goldpreis und fallende Aktienkurse prägten am Dienstag die Entwicklung an den internationalen Finanzmärkten. Als typisch galt der Anstieg des Goldpreises in Tokio: Um 15,03 auf 404,45 Dollar. An der Börse in Tokio, wo der Markt am Montag geschlossen war, fiel der Nikkei-Index am Dienstag um 418,51 Punkte oder 1,76 Prozent und schloss mit dem niedrigsten Stand seit 33 Monaten. In New York hatte der Dow-Jones-Index am Montag den tiefsten Wert seit 14 Monaten erreicht. Nach Meinung von Experten ist die Entwicklung Ausdruck der wachsenden Befürchtung, dass die Golfkrise bald schon in einen Krieg münden könnte. Daher nähert sich der Ölpreis auch der 40-Dollar-Marke. Fachleute meinen, im Kriegsfall könnte er 60 Dollar erreichen oder sogar noch mehr anziehen.